Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 12.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 72/73
Fernsprecher:
Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1589, 1588. Für Nachtgespräche 1580
Geschäftsstelle: Lützow 1909, 3248, 3894.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 4,— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen und Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 217. Dienstag, 6. Mai 1919. Abend-Ausgabe. 58. Jahrgang.

Doppelte Fassung des Friedensvertrages.

Unterzeichnung mit oder ohne Italien?

S. **Haag**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Pariser Nachrichten wurde der Friedensvertrag am Sonnabend und Sonntag fertiggestellt. Es sind noch einige Einzelheiten, wie die Rabattfrage, die belgische Priorität und andere zu erledigen, was heute nachmittag geschehen soll. Der Vertrag soll heute in zwei Fassungen in Druck gegeben werden. Die eine gilt für den Fall, daß Italien mitunterzeichnet, die andere für den entgegengesetzten Fall.

In amerikanischen Kreisen der Konferenz ist man der Ansicht, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland mit der Fiumefrage nichts zu tun hat. Anderseits ist Italien nicht gewillt, diese Auffassung gelten zu lassen. Es hat die Verbündeten wissen lassen, daß der Friedensvertrag ohne seine Unterzeichnung keine Gültigkeit habe, und die italienische Regierung hat gestern abend ein Telegramm an die französische Regierung gesandt, in welchem sie den italienischen Standpunkt in der Fiumefrage noch einmal darlegt. Dieses Telegramm ist an Wilson und Lloyd George weitergegeben worden, die darüber beraten. Der Dreierrat scheint keine Neigung zu haben, den Friedensvertrag ohne Italien zu unterzeichnen, deshalb schiebt man die Ueberreichung des Vertrages an die Deutschen von Tag zu Tag hinaus in der Hoffnung, die Italiener doch noch zur Unterzeichnung zu gewinnen.

Inzwischen hat das italienische Beispiel Schule gemacht. Nach Japan hat nun auch Belgien die Gewährung seiner Forderungen erreicht, und China droht als Protest gegen die Entscheidung des Dreierrats in der Schantungfrage mit der Abreise seiner Vertreter. Die Verhandlungen in Paris werden immer schwieriger, und man kann den amerikanischen Berichterstattern ruhig glauben, wenn sie versichern, daß Wilson den Franzosen und Engländern ihre Haltung übelnehme. Sofort nach Ueberreichung des Vertrages an die deutschen Vertreter werden Wilson, Lloyd George und Clemenceau an die Ausarbeitung des französischen Vertrages gehen.

In den deutschen Vertrag soll eine Klausel aufgenommen werden, wonach Deutschland die von der Konferenz den deutschen Bundesgenossen auferlegten Friedensbedingungen ohne weiteres anerkennen muß.

Der Beschluß des belgischen Kronrats.

Eigene Drahtmeldung.

R. **Basel**, 6. Mai.

Nach einer Brüsseler Havasnachricht dauerte die Sitzung des belgischen Kronrats am Sonnabend von 8 Uhr abends bis Mitternacht. Alle Minister mit Portefeuille und die Staatsminister, mit Ausnahme von Bovens und Berrier, waren anwesend. Die Minister Vandervelde und van den Heuvel konnten nicht an der Beratung teilnehmen, da ihre Anwesenheit in Paris erforderlich ist.

Hymans gab in seinem und im Namen Vanderveldes und van den Heuvels eine Darstellung der augenblicklichen Lage. Er führte aus, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Interesse Belgiens liege, da er für Belgien ehrenvolle und befriedigende Bedingungen enthalte. Darauf beschloß der Kronrat den Vertrag zu unterzeichnen, faßte aber gleichzeitig noch den Beschluß, die Großmächte auf die wirtschaftliche und finanzielle Lage Belgiens aufmerksam zu machen und die Notwendigkeit hervorzuheben, daß die Verbündeten Belgien die zu seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau erforderliche Hilfe gewähren müßten. Weiter gab der Kronrat dem Wunsche Ausdruck, Belgien in den Verhandlungen, die mit Holland über die Freiheit der Schelde und den freien Flußverkehr mit dem östlichen Belgien sowie gegen den Rhein hin geführt werden sollen, unterstützt zu sehen.

Brüssel, 5. Mai. (Havas-Reuter.) „Soir" schreibt: Der Kronrat war gleichfalls der Ansicht daß, wenn der endgültige Vertrag nicht durch finanzielle Maßnahmen und durch Zusicherung diplomatischen Beistandes bei den für Belgiens Sicherheit lebenswichtigen Forderungen die Bedingungen schaffe, die für die schnelle Ausrichtung Belgiens unentbehrlich seien, die Regierung verpflichtet sei, der Kammer ihren Rücktritt anzuzeigen.

Der Ministerpräsident sagte in einer Erklärung, die er über das Ergebnis der Verhandlungen in Paris abgab: Wir können einer glänzenden Zukunft entgegensehen, wenn unsere Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiet erfüllt werden, wenn die Frage unserer Fußmündungen endgültig geregelt ist, und wenn wir zu einem ausreichenden wirtschaftlichen Uebereinkommen mit Holland und Luxemburg gelangen. Innerhalb des Kronrates herrscht eine Meinung über die Politik, die befolgt werden muß, um die Revision des Vertrages von 1839 zu erlangen. Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm Darlegungen von Hymans über die Pariser Verhandlungen entgegen. Alle Mitglieder billigten die Entscheidung der Regierung und waren der Ansicht, daß der Vertrag zwar nicht im weiteren Sinne entgegenkommend, jedoch mit der Ehre vereinbar und aufzuerlegen sei.

Th. **Christiania**, 5. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Londoner Sonderberichterstatter von „Aftenposten" teilt mit, daß Belgien vor einer finanziellen Katastrophe stehe, wenn es nicht einen bedeutenden Teil der ersten Auszahlung der deutschen Kriegsentschädigung erhalte. Die Volksstimmung sei jedoch ruhig, und die Presse äußere Vertrauen auf die Verbündeten.

Eine unberechtigte belgische Forderung.

S. **Haag**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die belgische Presse erhebt jetzt die Forderung umgehender Rückgabe des aus Belgien nach Deutschland eingeführten Viehes. Sie scheint vollkommen vergessen zu haben, daß dieses Vieh bezahlt worden ist und die belgische Regierung auch die Einlösung der in Belgien befindlichen 6 Milliarden Franken deutschen Geldes zum Friedenskurs verlangt. Belgien will also sowohl den Kaufpreis wie die verbrauchte Ware zurückhaben, ein etwas seltsames Verlangen.

R. **Basel**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Neuen Korrespondenz" zufolge berichtet das „Journal de Liège", daß die belgische Regierung die Zurückberufung aller beurlaubten Soldaten der belgischen Besatzungstruppen angeordnet habe.

Die Vorbereitungen in Trianon.

Der Kreis der Zugelassenen.

Amtliche Mitteilung durch Havas.

Paris, 6. Mai.

Wilson, Lloyd George und Clemenceau versammelten sich Montag nachmittag, um sich über die im Trianon-Palast zu den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Rechenschaft abzulegen. Zu der Mittwoch-Sitzung, in der der Vorfriedensvertrag der deutschen Delegation überreicht wird, werden zugelassen: die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Dominions, Frankreichs, Italiens, Japans, Belgiens und der tschecho-slowakischen Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Schriftführer für jede der Mächte begleitet sein.

Es wurde gleichfalls beschlossen, daß Vertreter der Presse zugelassen werden und zwar in einer Gesamtzahl von 30 für die Großmächte und die Dominions, 10 für die Mächte mit besonderen Interessen. Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und fünf Zeitungskorrespondenten vertreten sein.

Amsterdam, 6. Mai. Nach einer Reutermeldung aus Paris haben Clemenceau, Lloyd George und Wilson gestern nachmittag die Vorberatungsarbeiten im Trianon-Hotel besichtigt.

Orlandos und Sonninos Abreise.

R. **Basel**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer römischen Stefanimeldung sind Orlando und Sonnino gestern abend, wie angekündigt, nach Paris abgereist.

Verwahrung der sachentreuen Wenden.

S. **Dresden**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die sachentreuen Wenden haben durch Vermittlung des Ministeriums des Aeußeren folgende Entschließung nach Versailles gesandt:

„Gegen das Auftreten der Herren Bartth und Bräul, die sich vor der Friedenskonferenz als Vertreter des wendischen Volkes aufspielen, wird in schärfster Weise Einspruch erhoben. Das wendische Volk hat ihnen kein Mandat zu solchen Verhandlungen erteilt und würde es ihnen nie erteilen. Nur eine verschwindende Minderheit haben sie durch ihre bezahlte Agitation für ihre deutschfeindlichen und im Bestand des eigenen Volkes gefährdenden Umtriebe zu gewinnen vermocht. Die weitaus überwiegende Mehrheit unserer Nation lehnt ihre Pläne ganz entschieden ab und will mit ihnen nichts gemein haben."

Schleifung der Pariser Befestigungen.

Paris, 5. Mai. (Havas.) Heute morgen um 10 Uhr wurde der erste Spatenstich zur Schleifung der Befestigungen von Paris getan.

Verbandstruppen in Budapest?

Paris, 6. Mai. Havas verbreitet eine Meldung des rumänischen Preßbureaus aus Wien, wonach die verbündeten Truppen in Budapest einmarschiert sind.

Angebliche Einnahme Petersburgs durch die Finnen.

Amsterdam, 6. Mai. Der „Telegraaf" berichtet: Nach einem noch nicht näher bestätigten drahtlosen Bericht wurde Petersburg von finnischen Truppen erobert.

Helsingfors, 3. Mai. Nach einer Meldung der russischen Presse hat Sinowjew auf einer kommunistischen Versammlung in Petersburg folgende Aeußerung getan: „Wir verbergen durchaus nicht, daß wir den Kommunisten anderer Länder mit Geld helfen."

Die Behandlung der deutschen Vollmachten.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

K. **Versailles**, 5. Mai.

Die deutschen Vollmachten wurden bisher noch nicht zurückgestellt; doch wird man nach der von Oberst Henry überbrachten Antwort auf die deutsche Anfrage annehmen dürfen, daß keine Beanstandung erfolgen wird.

Das englische Protektorat über Aegypten.

K. **Versailles**, 5. Mai. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Nach der „Daily Mail" enthält der Friedensvertrag die Anerkennung des englischen Protektorats über Aegypten durch sämtliche Mächte. Deutschland muß danach auf die Kapitulationen vom 4. August 1914 verzichten. Alle dem Sultan durch das Abkommen von 1888 zugestandenen Rechte in bezug auf den Suezkanal gehen auf England über.

Beginn der wirtschaftlichen Verhandlungen.

Versailles, 5. Mai. Heute fand die erste Sitzung der deutschen wirtschaftlichen Kommission für Industrie, Rohstoffe und Blockade mit der Kommission der alliierten und assoziierten Regierungen für Rohstoffe statt. Nach Besprechung einiger Einzelheiten trat man in eine allgemeine Aussprache ein, die morgen früh um 10 Uhr 30 Minuten fortgesetzt werden soll.

Die Ansicht der „Times".

Th. **Christiania**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) „Verdensgang" berichtet aus London: Die „Times" heben hervor, daß die deutschen Gesandten nicht nach Versailles gekommen seien, um Verhandlungen zu pflegen, sondern um diktierte Bedingungen entgegenzunehmen. Es werde nicht Zeit für eine deutsche Vollsabstimmung übrigbleiben. Obwohl wahrscheinlich die Annahme der Friedensbedingungen den Fall der deutschen Regierung noch sich ziehe, sei nicht anzunehmen, daß dies eine Vergrößerung der bolschewistischen Gefahr in Deutschland bedeute. Der russische General Miller glaube, daß der Bolschewismus im Laufe dieses Sommers besiegt werde.

Umrechnung der dänischen Ansprüche.

v. **Kopenhagen**, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In einer gestern in Nakskov abgehaltenen Versammlung sprach der dänische Verteidigungsminister Münch über die schleswigsche Frage. Der Minister erklärte:

Wir wünschen nur Gebiete mit Dänemark vereinigt zu sehen, deren Bevölkerung tatsächlich dänisch denkt, fühlt, und nicht mehr. Wir wollen keine fremde Bevölkerung durch die Aussicht auf einen augenblicklichen wirtschaftlichen Gewinn zu uns locken. Wir wollen nicht, daß Leute für uns stimmen, deren Herzen bei Deutschland bleiben. Die schleswigsche Frage wird nun gelöst werden. Aber das nationale Einheitsgepräge, das unsere Stärke war, soll bewahrt bleiben. Nur dadurch können die Bedingungen geschaffen werden, daß die bevorstehende Lösung endgültig und dauernd bleibt.

Die Anleihe für Deutschland.

Amsterdam, 6. Mai. „Homme Libre" meldet, daß die Vereinigten Staaten den englischen Plan betreffend die Anleihe an Deutschland nicht verworfen hätten. Die Besprechungen hierüber sind fortgesetzt worden. Das Blatt meint, falls keine Einigung zustande komme, müßten Aenderungen in den Friedensvertrag eingefügt werden.

Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands.

Amsterdam, 6. Mai. „Handelsblad" erfährt aus Paris: Die Konferenz erkennt die Unabhängigkeit Finnlands an, aber unter gewissen Bedingungen und Vorbehalten wegen der finnischen Schulden an Rußland.

Die Deutschen in Erwartung von Verhandlungen.

Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht, daß in jedem einzelnen Falle der Friedensverhandlungen, wo es sich als notwendig herausstellen sollte, genau formulierte Gegenvorschläge überreicht werden dürften, die das Höchstmaß der für Deutschland nötigen Zugeständnisse enthalten. Ob die Lage in dieser Form zutrifft, muß dahingestellt bleiben. Indessen legt die große Anzahl der Sachverständigen, die in Paris weilen, und zu denen in den letzten Tagen noch weitere Herren hinzugezogen wurden, die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die deutsche Delegation nach den Nachrichten, die sie aus der feindlichen Presse über die Friedensverhandlungen schöpft, gewisse Gegenvorschläge ausarbeitet, um sie den gegnerischen Vorschlägen entgegenzuhalten. Auch einzelne englische Pressestimmen lassen erkennen, daß Verhandlungen auf gegnerischer Seite nicht für unwahrscheinlich gehalten werden. Ebenso liegen sonstige Anzeichen vor, daß auf deutscher Seite der Eintritt in Verhandlungen erwartet wird.

Spontane Rücktehr der Italiener.

Versailles, 5. Mai. „Temps" berichtet entgegen allen anderen Meldungen, der Dreierrat habe keinen Appell an Italien gerichtet. Der Beschluß Orlandos und Sonninos, nach Paris zurückzukehren wäre danach spontan infolge der Verhandlungen der letzten Tage in Rom gefaßt.

Amsterdam, 6. Mai. Der „Daily Mail" zufolge heißt es, daß Italien das Mandat über Zara und, wenn nötig, auch noch über einen anderen Punkt an der dalmatischen Küste erhalten soll.

Der Vertrag mit Oesterreich.

Versailles, 5. Mai. Wie „Eclair" mitteilt, erwartet man das Eintreffen der österreichischen Delegierten in St. Germain am 14. Mai. Mehrere Gebäude werden für ihre Unterbringung requiriert. Das Eintreffen der Oesterreicher wird die Vorlegung des Friedensvertrags an die Deutschen nicht beeinflussen. Voraussichtlich werden die Deutschen mit dem Vertragswortlaut nach Weimar abgereist sein, wenn die Verhandlungen mit den Oesterreichern beginnen. Man glaubt, daß die beabsichtigte Vereinigung Deutschlands und Oesterreichs durch eine Sonderklausel im Vertrage mit Oesterreich verboten werden wird. Die Erörterungen mit Oesterreich werden kurz sein. Die Arbeiten der zuständigen Ausschüsse über die österreichischen Fragen werden augenblicklich beendet.

Wien, 6. Mai. („Korr.-Bureau.") Wie die „Deutschen Nachrichten" melden, wurde von der Vollversammlung der Großdeutschen Vereinigung an die Regierung das Ersuchen gerichtet, daß Vertreter der Deutschen Gebiete Deutschösterreichs in die Friedensdelegation aufgenommen werden.

Die Internationalisierung der deutschen Kabel.

Versailles, 5. Mai. Einer Pariser Meldung der „Daily Mail" zufolge ist die Nachricht verfrüht, daß die deutschen Kabel unter die Verbündeten verteilt werden. Wilson bestehe auf Internationalisierung, da so wichtige Verbindungsmittel nicht Gegenstand eines nationalen Monopols bilden sollen. Lloyd George und Clemenceau hörten Wilsons erfucht, die Formel für eine derartige Internationalisierung vorzubereiten.

Eine Antwort an Herrn Ernest Lavisse.

Offener Brief des Professors Hans Delbrück.

Berlin-Grunewald, den 5. Mai 1919.

Hochgeehrter Herr!

Da die deutsche Friedensdelegation selber kaum in der Lage ist, den Brief den Sie an sie gerichtet haben („Temps", 2. Mai), zu beantworten, so bitte ich um Erlaubnis, mehreres eintreten zu dürfen, einmal, weil ich, wie Ihnen bekannt ist, von je als Historiker zu den Bewunderern Ihrer Muse gehört habe, dann aber, weil von mir niemand leugnen kann, daß ich sowohl vor dem Kriege wie während des Krieges, obgleich unanfechtbarer deutscher Patriot, doch immer zu den offenen und entschiedenen Bekämpfern aller alldeutschen und chauvinistischen Bestrebungen gehört habe. Ich glaube, in dieser Beziehung sogar vor Ihnen, Herr Lavisse, einen Vorzug zu besitzen, denn alle Welt weiß, und schon Leo Tolstoi hat es Ihnen vorgeworfen, daß Sie einer der einflußreichsten Prediger des Revanchegedankens in Frankreich gewesen sind. Insbesondere die Erfüllung der französischen Jugend mit der Vorstellung, daß es Ihre „Pflicht sei, die Väter, die bei Metz und Sedan besiegt wurden, zu rächen", ist nicht zum wenigsten Ihr Werk. Wir kennen auch in Deutschland sehr gut die von Ihnen und Ihren Jüngern verfaßten Schulbücher, in denen sozusagen jedes Blatt mit dem Geiste der Erneuerung des Krieges gegen Deutschland erfüllt ist. Es ist mir daher nicht leicht, zu verstehen, wie Sie Ihren Brief beginnen können mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß Frankreich und Deutschland unversöhnliche Feinde geworden seien.

Ebensowenig verstehe ich, wie gerade Sie die Behauptung aufrechterhalten können, daß es Deutschland gewesen sei, das diesen Krieg entfacht habe. Haben Sie keine Empfindung dafür, daß wir uns in Deutschland durch das Phänomen des radauheiligen Franzosen mit dem ungeheuren Russland schwer bedroht fühlen? Daß es uns nicht gleichgültig lassen konnte, wenn wir sahen, mit welchem Geiste die französische Jugend durch die französische Erziehung erfüllt wurde? Wenn im Jahre 1911 auf der Tagung der Jeunesse laïque in Verdun Herr Poincaré sprach: „Zwei Schritte von einer schmerzvollen Grenze entfernt, . . . wie könnte sich da ein Lehrer finden, der auf die erweichenden Ratschläge der Völkerverbrüderung hört oder teilhätte an den gefährlichen Einflüsterungen der selbstzufriedenen Friedenskultur?" Wenn das französische Volk bald darauf diesen Unterrichtsminister zu seinem Präsidenten der Republik wählte?

Wir sind in Deutschland der Meinung, daß das französische Volk über die Vorgänge beim Ausbruch des Krieges getäuscht worden ist und noch heute in dieser Täuschung befangen ist; daß über den Zeitpunkt und die Bedeutung der russischen Mobilmachung noch heute in Frankreich falsche Vorstellungen verbreitet sind. Die deutsche Regierung hat angeboten, die Untersuchung der Kriegsursachen einer internationalen Kommission zu unterbreiten. Weshalb haben die Regierungen der Entente diesen Vorschlag abgelehnt? Ich will Ihnen den Grund sagen, Herr Lavisse. Sie haben den Vorschlag abgelehnt, weil Sie wissen, daß das Ergebnis sein würde, daß Deutschland tatsächlich den geringeren Maßstab gehabt hat, den Frieden zu erhalten, und nur durch die russische Mobilmachung sich zum Loskämpfen gezwungen gesehen hat. Da eine amtliche internationale Untersuchung nicht beliebt worden ist, so erkläre ich mich bereit, Herr Lavisse, mit Ihnen in der Form eines öffentlichen Gespräches, mündlich oder schriftlich, die Frage bis in die letzten Winkel zu erörtern. Zwischen zwei historisch-kritisch geschulten Gelehrten fallen eine Reihe von Argumentationen, die bisher die Sachlage vor der öffentlichen Meinung verwirrt und verdunkelt haben, von vornherein zu Boden, und wir werden bald auf den Kern des Problems kommen, wo es kein Ausweichen mehr gibt.

Ich bin des Gelingens völlig sicher.

Sie grüßen den Vorsitzenden der deutschen Delegation, den Grafen Brockdorff-Rantzau, aufs herzlichste an. Ist Ihnen so ganz unbekannt, was doch die ganze diplomatische Welt weiß, daß dieser „Herr Graf", wie Sie ihn spöttisch nennen, von je ein Vertreter des Gedankens der Versöhnung der Nationen gewesen ist, was man von Ihnen nicht rühmen kann? Daß Graf Rantzau in diesem Sinne vor dem Kriege in Kopenhagen nicht ohne Erfolg gearbeitet hat? Daß auch von anderen Mitgliedern der Delegation Talen verliegen, die dieselbe Gesinnung bezeugen? Das alles ist Ihnen unbekannt?

Sie bestreiten, daß das neue Deutschland wahrhaft demokratisch sei. Wie haben drei prinzipiell demokratische Parteien in Deutschland, und eine vierte, das Zentrum, die praktisch ebenfalls demokratisch ist. Diese vier Parteien zusammen verfügen über mehr als fünf Sechstel der Stimmen im Reichstag wie im Volke. Wenn solche Zahlen nichts beweisen, dem ist schwer etwas zu beweisen. Aber es gibt nicht nur die Zahlen, es gibt auch eine Gegentage. Ist Ihr Frankreich demokratisch? Es sind schon oft Stimmen laut geworden, die das bestreiten und behaupten, daß Frankreich in Wahrheit vom Gelde und von Geschäftspolitikern regiert werde. „Ich bin überzeugt", sagte ein hervorragender Franzose, „daß wir den Abgrund immer weiter hinuntergleiten, wenn wir uns nicht entschließen, unser Wahlsystem von Grund auf zu verändern, die Abstimmungsfreiheit zu erweitern, die unzulängliche Majoritätswohl abzuschaffen und endlich in der französischen Vertretung ein getreues Abbild aller französischen Meinungen zu suchen." Es war niemand anders als Herr Poincaré, Ihr heutiger Präsident, der am 19. September 1909 diese Worte gesprochen hat. Er verlangte ein Proportionalwahlsystem, um, wie er sich am 25. Juni 1912 ausdrückte, der Wahlkorruption, „dem Regiment des Favoritismus und der Empfehlungen", ein Ende zu machen. Die deutsche Republik hat das Proportionalwahlsystem, die französische hat noch heute nach dem Zeugnis ihres eigenen Präsidenten eine Vertretung, die die wahren Meinungen der Franzosen nicht wiedergibt. Ist Frankreich eine Demokratie?

Das neue Deutschland, behaupten Sie, sei eine stärkere Einheit als das alte. Ich wollte, es wäre so, denn ich bin ein entschiedener Anhänger des nationalen Einheitsstaates mit bloßer kultureller Autonomie der Einzelländer und der Provinzen. Wer aber die bisherigen Verhandlungen über die zukünftige deutsche Verfassung verfolgt hat, der weiß, wie gering die Aussichten darauf sind. Selbst Frankreich hat zu seine nationale Einheit nur in schweren Kämpfen und Bürgerkriegen erlangt. Der Konvent hatte in der großen Revolution nicht bloß den Royalismus, sondern auch den Föderalismus niederzukämpfen. In Deutschland aber ist der Föderalismus, den